

Jahresversammlung der Männerinitiative / Der Vorsitzende Klaus Pirhofer will die Landesregierung in die Pflicht nehmen:

„Wir fordern einen Beirat für Männer und Väter“

Um eine breitere Palette an „Männerthemen“ auf die politische Bühne zu bringen, verlangt die Männerinitiative Südtirol (MIT) jetzt einen „Beirat für Männer und Väter“ als beratendes Organ für die Landesregierung – als Ergänzung zum „weiblichen“ Beirat für Chancengleichheit.

„Wir unterstützen die Frauen, wenn es bei ihnen eine Ungleichbehandlung gibt. Wir wollen aber auch, dass sie uns unterstützen, wenn Männer ungleich behandelt werden.“

Klaus Pirhofer, Vorsitzender der Männerinitiative Südtirol

einem besseren gegenseitigen Geschlechterverständnis sei seither das Ziel gewesen. „Wir unterstützen deshalb auch die Frauen, wenn es bei ihnen eine Ungleichbehandlung gibt. Wir wollen aber auch, dass sie uns unterstützen, wenn Männer ungleich behandelt werden“, so Pirhofer.

Pirhofer: Es muss auch Platz für „Männerpolitik“ sein

Weil die Ungleichbehandlung vor Gericht aber nicht das einzige Problemfeld von Männern sei, richtete der Vorsitzen-

de gestern einen Appell an die hohe Politik: „Wir fordern, dass die Landesregierung nicht nur von einem weiblichen Beirat für Chancengleichheit beraten wird, sondern dass auch ein ‚Beirat für Männer und Väter‘ aus der Taufe gehoben wird, um der Landesregierung als beratendes Organ zur Seite zu stehen.“

Die Bereiche, in denen sich die Männerinitiative eine solche Beratung vorstellen kann, reichen von der Männergesundheit über

Familienpolitik mit einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zum männlichen Rollenverständnis.

Wie eine „Politik für Männer“ zu interpretieren sei, und dass sie keineswegs in einem „Konkurrenzverhältnis“ zur Frauenpolitik stehen müsse, umriss gestern der Referent Johannes Berchtold, der sich im österreichischen Sozialministerium um männerpolitische Grundsatzfragen kümmert (siehe Interview rechts).

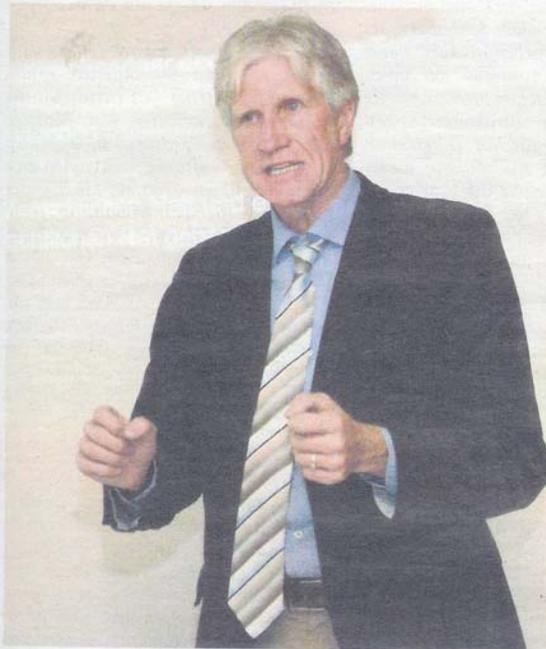


Foto: ue

Vorkämpfer für eine „Männerpolitik“: Geht es nach Klaus Pirhofer, braucht die Landesregierung ein beratendes Gremium für Männer- und Väterthemen.

Interview mit dem Referenten Johannes Berchtold*:

„Es gibt eine stille Revolution bei der Väterbeteiligung“

Z Sie sagen: Männerpolitik ist als Ergänzung zur Frauenpolitik notwendig. Was ist denn unter Männerpolitik überhaupt zu verstehen?

Johannes Berchtold*: Damit ist gemeint, dass sich die Männer in der Gender- und Familienpolitik mit mannerspezifischen Themen vermehrt einbringen sollen. Dabei geht es aber nicht nur um Chancengleichheit, sondern um Themen wie Männergesundheit, die männliche Identität oder eben auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Männerpolitik sollte aber nie als Kontrapunkt zur Frauenpolitik gesehen werden, sondern vielmehr als eine Ergänzung, als Gewinn für beide, Männer und Frauen.

► Wie schätzen Sie den derzeitigen „Entwicklungsstand“ der Männer ein, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht?

Berchtold: Man muss anerkennen, dass sich in der Zwischenzeit einiges getan hat. Es hat sich eine stille Revolution in der Väterbeteiligung ergeben. Etwa dass Väter heute viel mehr emotionale Nähe zu Kindern zeigen und zeigen dürfen. In den Zeiten unserer Großväter wäre es sehr befremdend

gewesen, wenn ein Mann mit einem Kinderwagen durch die Stadt spaziert wäre.

Man hätte gefragt, ob er denn normal ist. Heute ist es gewünscht. Hier hat sich schon sehr viel getan.

► Trotzdem nutzen noch immer wenige Männer die Karenzzeit für Väter.

Berchtold: Es ist heute – angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – leider auch nicht realistisch, dass Väter genauso viel Familienarbeit und Kindererziehung leisten wie Frauen. Wichtig ist: Es geht um die allgemeine Verantwortung für die Familienarbeit, die Kindererziehung und das Familieneinkommen. Sobald das alles in Summe gerecht aufgeteilt ist, dann ist viel erreicht. (ch)

* Johannes Berchtold ist Leiter der „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ im österreichischen Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.



Foto: ue